

# Positive Signale aus Washington

Grünen-Verteidigungsexpertin Katja Keul vor der GSP

VON GABI NACHSTEDT

**BÜCKEBURG.** Ihren zweiten sicherheitspolitischen Vortrag in diesem Jahr hat die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Sektion Minden, jetzt veranstaltet und dazu die Grünen-Bundestagsabgeordnete Katja Keul eingeladen. Auch diese Veranstaltung fand coronabedingt als Video-Meeting statt. Keul referierte über das Transatlantische Bündnis sowie das Thema Abrüstung im Bereich der Nuklearwaffen. Nach ihrer Einschätzung sei mit der Wahl Joe Bidens ein „außenpolitisches Tauwetter zwischen den USA und Europa“ eingeläutet worden.

Wie bereits bei dem vorausgegangenen Zoom-Meeting sorgte Administrator Jürgen Hockemeier dafür, dass technische Probleme ausgeräumt wurden und alle angemeldeten Gäste Zugang zu dieser Plattform bekamen. Der GSP-Vorsitzende Rainer Lüttge verwies in der Anmoderation des Vortrages auf die „profunde Sachkenntnis“ der Bundestagsabgeordneten, die bereits 2016 und auch jetzt wieder als Wahlbeobachterin der OSZE bei den Präsidentschaftswahlen in den USA dabei war.

Katja Keul wurde 2009 als Kandidatin der Partei Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Nienburg/Schaumburg in den Bundestag gewählt. Seit 2017 ist sie Sprecherin für Abrüstungspolitik in ihrer Fraktion. Zurzeit ist sie Obfrau und Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Keul sieht den neuen Präsidenten der USA vor keiner leichteren Aufgabe, denn innenpolitisch sei die amerikanische



**Katja Keul referiert in einem Zoom-Meeting vor Mitgliedern der GSP über die Sicherheitspolitik nach Donald Trump.** FOTO: GN

Gesellschaft durch die Spaltung in die beiden Parteilager ein Scherbenhaufen. Außenpolitisch sieht sie positive Zeichen und Tauwetter im Transatlantischen Bündnis.

Biden kündigte an, dass er zur engen Zusammenarbeit mit seinen Partnern zurückkehren wolle. In seiner Rede zur Außenpolitik sagte er: „Die Diplomatie ist zurück.“ Als eines der ersten Dekrete unterzeichnete er den Beitritt zum Pariser Klimaschutzabkommen.

„Die Kommunikation ist wieder einfacher geworden. Alte Bekannte in den Gremien sind zurück.“

**Katja Keul  
Grünen-Bundestagsabgeordnete**

Trotzdem werde es laut Keul mit Deutschland noch einige strittige Themen zu klären geben: beispielsweise mit Blick auf die Zusage der Bundesrepublik, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes als NATO-Beitrag zu leisten, die Fertigstellung von Nord Stream 2 oder den geplanten Truppenabzug der US-Armee. Doch

Keul ist sich sicher: „Die Kommunikation ist wieder einfacher geworden. Alte Bekannte in den Gremien sind zurück. Bei Trump hatten wir fast keine Ansprechpartner mehr.“

Zum Thema „Nukleare Abrüstung“ erläutert die Referentin, dass es weltweit 13400 Atomwaffen gebe, 3000 davon seien sofort einsatzbereit. Neun Staaten seien im Besitz dieser Waffen. Jede mit einem Sprengkopf, der die 13-fache Wirkung der Sprengkraft von Hiroshima habe.

Am 22. Januar dieses Jahres ist der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen in Kraft getreten, den 51 Staaten unterzeichnet haben, allerdings ist Deutschland nicht dabei. Als NATO-Partner hat die Bundesregierung nicht unterschrieben. Keul hielt dazu im Bundestag eine Rede, die die Position ihrer Partei deutlich macht: „Ein Atomkrieg ist rational nicht führbar und kann damit auch niemanden glaubhaft abschrecken. Deutschland sollte diesen Vertrag unterzeichnen und endlich für den Abzug der US-Atomwaffen sorgen, die bei uns im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert sind.“

Das ganze Szenario mit Abschreckung durch Atomwaffen erscheine ihr absurd, sagte die Referentin: „Ein Nuklearkrieg hat eine desaströse Wirkung und nimmt die eigene Vernichtung durch einen Gegenschlag in Kauf. Nuklearwaffen sind somit zur Verteidigung und Abschreckung ungeeignet.“

Keul geht im Übrigen davon aus, dass ein Atom-Abkommen seitens der USA mit dem Iran zu erwarten sei. Trump habe den Vertrag mit Teheran gekündigt, Sanktionen verhängt und so den Dialog beendet und die Hardliner in dem Land gestärkt.